



**Gemeinde Rastede
Der Gemeindedirektor**

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 18.11.2002
Raum: Gaststätte Küpker, Loyer Weg 91, Rastede-Hankhausen
Sitzungsbeginn: 16:03 Uhr
Sitzungsende: 18:10 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Gemeindedirektor:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Klaus Duddeck CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Walter Backhaus CDU
Herr Matthias Decker CDU
Frau Friedegund Reiners CDU für Doris Kley
Herr Hans-Dieter Röben CDU
Herr Jürgen Haake F.D.P.
Herr Hans-Gerd Borchers SPD
Frau Monika Sager-Gertje SPD
Herr Hans-Hermann Schlange SPD
Herr Werner Skirde SPD bis 17:10 Uhr
Herr Gerd Langhorst Bündnis 90/Die Grünen

Grundmandat

Herr Egon Düser UWG für Rainer Zörgiebel
bis 17:45 Uhr

Verwaltung

Herr Wolfgang Röttger Gemeindedirektor bis 17:20 Uhr
Herr Georg Reins
Herr Guido Zech
Frau Sabine Hörmann Protokoll
Herr Georg Sandkuhl Technik

Gäste

Frau Inge Langhorst Bündnis 90/Die Grünen
Herr Fanasch, Herr Staben T-Mobile Deutschland
Presse: Herr Müller NWZ
Presse: Herr Kobbe Rasteder Rundschau
Zuhörer 11

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.02.2002
- 4 Mobilfunkanlagen in der Gemeinde
Vorlage-Nr. 2002/132
- 5 Anfragen und Hinweise
- 6 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Duddeck eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 16:03 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Duddeck stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.02.2002

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen vom 12.11.2002 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Mobilfunkanlagen in der Gemeinde

Sitzungsverlauf:

Herr Zech gibt den Anwesenden einen Überblick über die bisherige Beschlussfassung. Demnach sind die Mobilfunkbetreiber aufzufordern, ein Konzept für die flächenhafte Abdeckung des Gemeindegebietes vorzulegen. Sende- und Empfangsanlagen sollen nur noch auf möglichst wenigen gemeinsamen Antennenträgern installiert werden. In einer freiwilligen Vereinbarung mit den Mobilfunkbetreibern soll die Einhaltung von Abständen zur Wohnbebauung geregelt werden. Es wird versucht, den Betreiber zu einem Abstand von 300m Entfernung zu Wohngebieten und 200m zu Einzelhäusern zu bewegen. Anlagen sollen wegen der Ästhetik auf bereits vorhandenen Gebäuden errichtet werden, damit die Auffälligkeit reduziert werden kann. Auf das Ortsbild ist Rücksicht zu nehmen. Eine Nähe zu Kindergärten und Schulen soll verhindert werden. Des weiteren zeigt er die Rechtslage und die planungsrechtlichen Steuerungsmöglichkeiten auf.

Herr Fanasch von der Firma T-Mobile Deutschland zeigt anhand einer Präsentation die wichtigsten Bestandteile der Vereinbarung zwischen den Mobilfunkanbietern und den kommunalen Spitzenverbänden auf. Er weist darauf hin, dass sowohl die Mobilfunkanbieter als auch die kommunalen Spitzenverbände bzw. die jeweilige Kommune sich an Verpflichtungen halten muss. Des weiteren vermittelt er die Entwicklung des Mobilfunks und die Struktur des Mobilfunknetzes.

Herr Staben von der Firma T-Mobile Deutschland geht auf das Thema „Mobilfunk und Gesundheit“ ein. Anhand einer Präsentation zeigt er auf, nach welchem Verfahren Standorte ausgewählt werden und wie diverse Funkstationen funktionieren. Des weiteren verdeutlicht er, dass der Gesundheitsschutz durch Grenzwerte, die in der 26. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz geregelt sind, gewährleistet wird und diese Werte von den Mobilfunkanbietern überwiegend weit unterschritten werden. Die Grenzwerte werden durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post überprüft. Zum Stand der Forschung weist er darauf hin, dass derzeit rund 3.000 Untersuchungen sich mit dem Thema auseinandersetzen und zirka 20.000 wissenschaftliche Arbeiten zu den Wirkungen elektromagnetischer Felder vorliegen.

Im weiteren Verlauf der Beratung werden Verständnisfragen der Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen durch die anwesenden Vertreter der Firma T-Mobile Deutschland geklärt. Des weiteren äußern sich die Mitglieder wie folgt:

Herr Schlange erklärt, dass gegenüber den Bürgern nur schwer vermittelt werden kann, dass durch die gesetzten Grenzwerte im Mobilfunkbereich keine gesundheitlichen Risiken bestehen. Er regt an, dass sich die Verwaltung verstärkt mit den umliegenden Gemeinden bzw. Städten bezüglich der Errichtung von Mobilfunkanlagen auseinandersetzen sollte, damit nicht unmittelbar im Grenzbereich unwissentlich Anlagen entstehen. Wichtig ist, dass sowohl an die Gesundheit, an die städtebauliche Entwicklung als auch an das Ortsbild gedacht wird.

Herr Backhaus fügt der Aussage von Herrn Schlange hinzu, dass den Bürgern schwer vermittelt werden kann, dass mehrere Anlagen eine geringere Strahlung bedeuten. Wichtig sei ebenfalls, dass neue Erkenntnisse in der Forschung zügig umgesetzt und die Strahlungen stetig kontrolliert werden. Bei der Auswahl der Standorte sollte die Gemeinde entscheidend mitwirken können.

Herr Skirde weist darauf hin, dass mit dieser Thematik sensibel umgegangen werden muss und sowohl die gesundheitlichen Bedenken der Bürgerinnen und Bürger als auch die Wünsche der Handy-Nutzer beachtet werden müssen.

Herr Langhorst erklärt, dass die Mobilfunkbetreiber mit dem Ausbau des UMTS-Netzes Schulden abbauen möchten und das Angebot zur Nutzung dieses Netzes nicht billig sein wird. Er weist darauf hin, dass die Grundversorgung erreicht ist und lediglich die gepulste Strahlung ein Problem darstellt. Zum Thema „Mobilfunk und Gesundheit“ gibt er zu verstehen, dass bundesweit Skepsis besteht und die Gemeinden mit Vorsicht an das Thema herangehen sollten. Er schlägt vor, mit den Mobilfunkbetreibern eine gesonderte Vereinbarung zu schließen, in dem Mindestabstände und Grenzwerte über die gesetzlichen Grenzen hinaus festgelegt werden. Diesbezüglich stellt er einen Antrag.

Herr M. Decker gibt zum Antrag von Herrn Langhorst zu verstehen, dass die Inhalte überwiegend in der Vereinbarung zwischen den Mobilfunkbetreibern und den kommunalen Spitzenverbänden wiederzufinden sind.

Herr Reins weist darauf hin, dass diese Sitzung als Informationsveranstaltung zu verstehen ist und nach weiteren Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse auch ein Informationsabend für die Öffentlichkeit folgen wird. Er schlägt vor, die gesammelten Informationen zunächst zu überdenken und den Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen einzubringen. Herr Langhorst erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden.

Herr Schlange erklärt, dass maximale Ziele für die Bürger erreicht werden müssen, sodass er einem Beschluss über den Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen in der heutigen Sitzung zustimmen würde. Er führt aus, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen ein Beschluss gefasst werden sollte.

Frau Reiners gibt zu verstehen, dass seit der Errichtung des Sendemastes in Hahn viel passiert ist und die Sicherheit an erster Stelle steht. Sie weist darauf hin, dass die Strahlen eines Handy gefährlicher sind, als die eines Sendemastes.

Herr Staben erklärt auf Anfrage von Herrn Düser, dass nicht bekannt ist, ab welchem Wert Strahlungen bei einem Menschen schädlich wirken können. Bisher konnten keine Zellbeeinflussungen wissenschaftlich nachgewiesen werden.

Herr Borchers gibt zu verstehen, dass ein Vergleich zwischen den Strahlen eines Handys und dem eines Sendemastes so nicht möglich ist, da bei einem Handy meist nur eine Person den Strahlungen ausgesetzt ist und bei einem Sendemast ein ganzer Ortsteil.

Nach der Präsentation des Mobilfunkkatasters der Gemeinde Rastede erläutert Herr Zech auf Anfrage von Herrn Duddeck, dass der alte Schlauchturm der Feuerwehr vermutlich einen Großteil des Hauptortes abdeckt, sodass keine weiteren Standorte im Osten benötigt werden.

Herr Fanasch gibt auf Anfrage von Frau Sager-Gertje zu verstehen, dass die Bundesautobahn als Verkehrswegeföhrung intensiv von Handynutzern genutzt wird und daher viele Antennen in diesem Bereich aufgestellt werden. Zu bedenken ist auch, dass Sendeeinrichtungen in anderen Kommunen über die Gemeindegrenzen hinaus senden, sodass vermutlich im östlichen Bereich der Gemeinde Rastede keine Sendeanlagen benötigt werden.

Herr Zech erklärt nach dem Hinweis von Herrn Haake, dass in Heidkamperfeld eine Mobilfunkanlage errichtet werden soll, dass auf Landkreisebene Absprachen zwischen den Gemeinden erfolgen werden. Ebenfalls ist eine Anlage im Bereich Ofenerfeld geplant. Auf Anfrage von Herrn M. Decker gibt er zu verstehen, dass alle Mobilfunkbetreiber in der Gemeinde Rastede Ansprechpartner benannt und drei von denen Pläne mit Suchräumen eingereicht haben.

Herr Fanasch zeigt kurz die Vorgehensweise bei der Auswahl von Standorten auf. Zunächst wird ein idealer Suchraum ermittelt und mit der jeweiligen Kommune Kontakt aufgenommen. Nach Rücksprache mit der Verwaltung wird im Bereich des Suchraumes ein Standort gesucht. Des weiteren weist er darauf hin, dass keiner der Mobilfunkbetreiber zusätzliche Vereinbarungen bezüglich einer Grenzwertentschärfung zulassen wird. Auf Anfrage von Herrn M. Decker führt er aus, dass die Kommune berechtigt ist, die Mobilfunkbetreiber zu einer Diskussionsrunde einzuladen, diese aber untereinander nicht die Möglichkeit haben, aus Kartellgründen Informationen auszutauschen.

Hinweis der Verwaltung nach der Sitzung:

In der Sitzung wurde berichtet, dass für die Errichtung einer Mobilfunkanlage im Bereich „Im Dreieck, Südende“ der Bauantrag zurückgezogen wurde. Dies ist jedoch nicht der Fall. Der Bauantrag ist genehmigt, das Vorhaben ist lediglich noch nicht realisiert worden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen nimmt die Ausführungen zum Thema Mobilfunkanlagen in der Gemeinde Rastede zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5

Anfragen und Hinweise

Keine Anfragen und Hinweise.

Tagesordnungspunkt 6

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Duddeck schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 18:10 Uhr.